



Pressemitteilung

Ansbach, 17. Februar 2014

„Etz langt's!“ äußert Unverständnis über hinhaltendes Verhalten des Landtags in Sachen Fluglärm

„Staatsregierung lässt betroffene Bevölkerung in Stadt und Landkreis Ansbach im Stich“

Empörung über Aussagen des US-Militärs: Bauverbot wegen Hubschrauber-Flugrouten?

Die erneute Vertagung einer Entscheidung des Bayerischen Landtags über die Unterstützung des einstimmigen Ansbacher Stadtratsbeschlusses für ein Nachtflug- und Überflugverbot von Wohngebieten der US-Kampfhubschrauber stößt bei der Bürgerinitiative (BI) „Etz langt's!“ auf großes Unverständnis. Es müsse doch inzwischen auch bis nach München vorgedrungen sein, dass die geltenden Flugbestimmungen für die Militärbasen Katterbach und Illesheim (Nachtflüge bis 2 Uhr morgens ohne räumliche Begrenzungen) unvereinbar sind mit dem Schutz von Lebensqualität und Umwelt, betont der BI-Vorstand: „Der Verweis auf längst versprochene Lärm-Gutachten ist durchschaubare Hinhalte-Taktik im Vorfeld der Kommunalwahlen.“

Offenbar sei die CSU an einer Unterstützung Ansbachs bei der Bekämpfung von Fluglärm und Abgasen nicht interessiert: „Die Staatsregierung lässt die betroffene Bevölkerung in Stadt und Landkreis im Stich“, resümiert die BI und appelliert an die Landtagsabgeordneten der Region, fraktionsübergreifend ihre Bemühungen für den Vorrang des Bürgerwohls vor Militärinteressen zu verstärken. Nachdem der Freistaat weiter untätig bleibt und das Verteidigungsministerium als zuständiges Organ für die Flugbestimmungen bislang kein Entgegenkommen signalisiert, wird eine verwaltungsrechtliche Klage der Stadt Ansbach gegen die Bundesregierung immer wahrscheinlicher.

Wegzug der Menschen oder Abzug der Kampfhubschrauber?

Derweil äußerten sich zahlreiche vom Fluglärm betroffene Bürger gegenüber der BI empört über Aussagen der US-Armee in der *Fränkischen Landeszeitung* vom 14.02.2014, wonach diese kritisierte, dass Menschen „Häuser in Gebieten von Hubschrauber-Flugrouten bauen“. So arrogant dies klänge, zeige es doch den Kern des Problems auf: „110 Kampfhubschrauber passen nicht in eine 40.000-Einwohner-Stadt und das dicht besiedelte Umland“, hob der BI-Vorstand hervor: „Es darf nicht sein, dass das US-Militär nach dem Entstehen von Windenergie in unserer Region (*Fränkische Landeszeitung* vom 29.01. und 07.02.2014) auch noch den Wohnungsbau verhindert. Die Konsequenz aus der Forderung der Armee ist entweder die Entvölkerung ganzer Landstriche entlang der US-Flugrouten oder aber die Abzugsperspektive der Kampfhubschrauber. Jeder vernünftige Mensch in Stadt und Landkreis Ansbach steht im Zweifel für das Letztere. Für die Politik sind die jüngsten Einlassungen des Katterbacher Armeestabs dringender Anlass zum Handeln im Sinne einer zukunftsfähigen Entwicklung von Stadt und Region Ansbach.“

gez. Boris-André Meyer, Pressesprecher